Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 210. Freitag, 8. September 1933, abends. 86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Neue Vergewaltigung der Saar.

Schon über 150 Millionen RM. aus dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm bewilligt.

*** Berlin. In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Kreditausschusses der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. (Oeffa) sind, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, weitere Darlehen im Betrage von rund 18 Millionen RM für eine Reihe von volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch bedeutsamen Maßnahmen zur Verfügung gestellt worden. U. a. wurde für den weiteren Ausbau der Landeswasserversorgung Württembergs ein Betrag von 3 Millionen RM bewilligt. Die Rhein—Main—Donau-A.-G. erhielt für den Ausbau der Staubecken Faulbach, Eichel und Lengfurth 4,5 Millionen RM. Für den Bau einer Talsperre bei Driesdorf (Provinz Hessen-Nassau) wurden 370 000 RM, Ergänzungs- und Erweiterungsbaues des Badewerkes Karlsruhe, 345 000 RM zur Verfügung gestellt. Der seit längerem geplante Bau der Oste-Brücke bei Hechthausen (Provinz Hannover) wurde durch Bewilligung eines Darlehens von 450 000 RM ermöglicht. Weitere erhebliche Beträge wurden für Arbeiten in Bremen, Hamburg und den Provinzen Westfalen und Sachsen gewährt.**

Zusammen mit den vom Vorstand der Offa und vom Kreditausschuß und Vorstand der Deutschen Rentenbankkreditanstalt ausgesprochenen Bewilligungen sind hiermit im neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm bereits Mittel in Höhe von über 150 Millionen RM vergeben.

Eine deutliche Antwort des Oberreichsanwalts an das Branting-Komitee.

* Leipzig. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: „In der Reichsbrandsache hat **Rechtsanwalt Branting** auf das letzte seinerzeit veröffentlichte Schreiben des Oberreichsanwalts eine Antwort erteilt, aus der sich ergibt, daß **er nicht gewillt ist, irgendwelches Beweismaterial dem Reichsgericht durch Vermittlung der Anklagebehörde oder der vorhandenen Verteidiger zu unterbreiten.** Im übrigen hat Rechtsanwalt Branting lediglich die im Ausland verbreiteten Gerüchte über den Reichstagsbrand ohne Angabe von Beweismitteln wiederholt.

Der **Oberreichsanwalt** hat darauf an Branting folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 28. v. Mts. Als dessen Inhalt stelle ich fest, daß Sie nicht bereit sind, das zur Reichstagsbrandsache angeblich in Ihrem Besitz befindliche Beweismaterial, sei es durch meine Vermittlung, sei es durch die der deutschen Verteidiger, dem Reichsgericht zur Berücksichtigung bei der Urteilsfindung zur Kenntnis zu bringen. Ich muß deshalb zu meinem Bedauern mein Bemühen, von Ihnen Beweismaterial, auch soweit es etwa zur Entlastung der Angeklagten dienlich sein könnte, zu erhalten, als gescheitert betrachten und vermag mir bei dieser Sachlage von einer Fortsetzung des Briefwechsels einen Erfolg nicht mehr zu versprechen.

Genehmigen Sie usw. . . ."

*

Wir, das deutsche Volk, haben uns schon immer über die Langmut unserer Strafverfolgungsbehörden gegenüber den Verdächtigungen und Ungezogenheiten des sogenannten van der Lubbe-Verteidigungsausschusses gewundert und wir haben uns bestimmt nicht darüber gefreut. Wir sind deshalb damit einverstanden, daß mit diesem Spuk im Ausland endlich kurzer Schluß gemacht wird. Der van der Lubbe und seine Genossen haben ja nicht den holländischen oder französischen, einen anderen Reichstag oder den Kreml in Moskau in Brand gesteckt, auch nicht das Haus des Herrn Branting oder eines seiner Gesinnungsgenossen, sondern sie haben den deutschen Reichstag angezündet. **Mit dieser Brandstiftung sollte der kommunistische Aufstand eröffnet werden,** für den nach dem Inhalt vieler hundert rechtskräftig gewordenen deutschen Gerichtsurteile Waffen, Munition und Sprengstoffe gesammelt waren und für dessen Leitung in allen Teilen Deutschlands rote Generalstabsstellen bestanden. **Wäre es zu dieser Erhebung gekommen, so wäre aus unserem deutschen Vaterlande eine Hölle geworden,** viele Tausende unserer Volksgenossen hätten einen blutigen Tod gefunden und es wäre nicht abzusehen gewesen, wieviel Jahrzehnte hindurch das deutsche Volk in jenem namenlosen Elend zu schmachten gehabt hätte, in dem der größte Teil des russischen Volkes heute dem Hungertode entgegengeht.

Entdeutschung der Saarpolizei?

)(Berlin. Wie zur Antwort auf die eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Saarbevölkerung am Niederwalddenkmal sind **im Saargebiet Verwaltungsmaßnahmen getroffen worden, die darauf schließen lassen, daß der „internationale Charakter" des Saargebietes mit allen jetzt noch verfügbaren Mitteln aufrechterhalten werden soll.** Schon Anfang August war in einer französischen Zeitung die Nachricht erschienen, daß die **Regierungskommission des Saargebietes,** um den ungestörten Verlauf der Volksabstimmung zu gewährleisten, **an die Heranziehung ausländischer Truppen denke.** Es war in diesem Zusammenhang von Holland gesprochen worden. Dieser Fühler stieß in der Oeffentlichkeit, vor allem im Saargebiet selbst, auf so entschiedene Ablehnung, daß der Gedanke von offizieller Seite offenbar nicht weiter verfolgt wurde. Nunmehr wird bekannt, daß **die saarländische Polizei systematisch mit ausländischen Elementen durchsetzt werden soll, was im Endeffekt der Besetzung durch fremde Truppen ungefähr gleichkommen und auf alle Fälle einen ebenso flagranten Bruch des Saarstatutes bedeuten würde.** Das Landjägercorps im Saargebiet hat nur die Aufgabe, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten und ist dieser Aufgabe bisher durchaus gewachsen gewesen. Es ist freilich nicht dazu da, der politischen Willensäußerung der Saarbevölkerung Schranken zu ziehen oder die Gewinnung der Bevölkerung zu überwachen. **Der jetzige Kurs der Regierungskommission, die die hemmungsloseste deutschfeindliche Propaganda landfremder Agitatoren und Spekulanten und ebenso die fortdauernde Schikanierung der deutschgesinnten Arbeiter und Angestellten durch die französische Grubenverwaltung duldet, dagegen jede Betätigung im deutschen Sinne aufs äußerste erschwert, würde durch die Heranziehung von ausländischen Polizeibeamten eine weithin sichtbare Hervorhebung und Verschärfung erfahren.**

Die **Luxemburgische Regierung,** an die die Saarregierung wegen Ueberlassung von Polizeibeamten herangetreten sein soll, hat sich bisher gegenüber Deutschland so korrekt verhalten, daß von ihr ein Eingehen auf dieses bedenkliche Ansinnen nicht zu erwarten ist.

Wieder über 200000 Arbeitslose weniger

Berlin. (Funkspruch.) Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist, wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet, ein weiterer erheblicher Fortschritt erzielt. **Die Zahl der auf den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitslosen ging in der zweiten Augusthälfte um weitere 207 000 (minus 4,8 Prozent) zurück. Nachdem bereits seit längerer Zeit der diesjährige Arbeitslosenbestand unter dem des Vorjahres lag, wird mit rund 4 128 000 Arbeitslosen auch der für den gleichen Zeitpunkt auch des Jahres 1931 ermittelte Bestand erstmalig unterschritten.**

Nach den landwirtschaftlichen Bezirken haben auch einige industrielle und dichtbesiedelte Gebiete sowohl in absoluten Zahlen wie anteilmäßig eine überdurchschnittliche Abnahme aufzuweisen, so Westfalen (minus 21 000 oder 6.2 v. H.), Mitteldeutschland (minus 22 000 oder 6.6 v. H.), Niedersachsen (minus 18 000 oder 7.7 v. H.).

Am 31. August entfielen auf die Arbeitslosenversicherung rund 360 000, auf die Krisenfürsorge rund 1 170 000 Hauptunterstützungsempfänger. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen betrug rund 1 604 000. Im Arbeitsdienst wurden nach der Zählung der Reichsleitung des Arbeitsdienstes rund 257 000 junge Deutsche beschäftigt. Durch die Vermittlung der Reichsanstalt werden 200 000 junge Landhelfer in der Landwirtschaft untergebracht sein.

Die Frauen räumen die Arbeitsplätze.

Berlin. (Funkspruch.) Wie das VDZ.-Büro meldet, hat das planmäßige Bestreben der nationalsozialistischen Regierung, die Arbeitsplätze stärker als bisher den männlichen Kräften zu überlassen, damit die Frauen auf die ihnen vorbehaltenen natürlichen Gebiete zurückgeführt werden können, bereits jetzt einen außerordentlich beachtlichen Fortschritt erzielt. Die maßgebenden Stellen haben nämlich gemeldet, daß **der Anteil der Männer an der noch vorhandenen Gesamtzahl der Arbeitslosen im Vergleich mit dem der Frauen sehr stark zurückgegangen ist.** Während der Anteil der weiblichen Kräfte an der Arbeitslosigkeit beim Höchststande vom Februar dieses Jahres noch 18,7 betrug, ist er Ende August auf 20,3 gestiegen. **Die Entlastung in der Arbeitslosigkeit war also bei den Männern wesentlich stärker als bei den Frauen.** Dabei umfaßt diese gesunde Entwicklung vor allem den Zeitraum, in dem eine besondere amtliche Förderung der Mehranstellung männlicher Kräfte, etwa durch die Ehestandsdarlehen usw., noch nicht wirksam geworden war.

Der Einzelhandel im neuen Reich.

)(Berlin. Der **Deutsche Industrie- und Handelstag** eröffnete die Reihe seiner nach der Sommerpause einsetzenden Arbeitstagungen am 7. Sept. mit der ersten Sitzung des vom Präsidenten Dr. v. Renteln **neu konstituierten Einzelhandelsausschusses.**

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Paul Hilland, unterstrich in einem Referat **„Der Einzelhandel im neuen Staat"** zunächst die **hervorragende Bedeutung des Einzelhandels für die Volkswirtschaft** und insbesondere auch **für die Arbeitsbeschaffung.** Wenn unter marxistischer und liberalistischer Herrschaft auch leider ein jüdischer Krämergeist in Teile des deutschen Einzelhandels eingedrungen sei, so sei **der Kern des händlerisch eingestellten deutschen Menschen durchaus gesund.** Eine im Geiste Adolf Hitlers geführte Erziehungsarbeit werde den deutschen Einzelhandel bald auch von den letzten ihm noch anhaftenden Schlacken befreien.

Dr. Hilland begrüßte das **Verbot des Zugabewesens** und bezeichnete eine **Erweiterung des Zugabeverbotes auch auf das Gebiet des Rabattwesens im Endziel als notwendig.** Er begrüßte das **Sperrgesetz für den Einzelhandel,** betonte jedoch, daß eine Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes um ein Jahr notwendig erscheine und daß es auch noch Lücken im Gesetz zu schließen gelte. Insbesondere wäre eine Ausdehnung auf Versandgeschäfte, Straßenhandel und Geschäfte ohne eigenes Lager erforderlich, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Reinhaltung des Einzelhandelsstandes von artfremden Elementen. Dieser Tendenz diene auch der Gedanke der Schaffung einer Händlerkarte, den zur Erörterung zu stellen zweckmäßig erscheine. Des weiteren sprach Dr. Hilland die Hoffnung aus, daß die **Bankenquete** unter Umbau der deutschen Kreditversorgung weiterhin bessere Kreditmöglichkeiten für den Einzelhandel bringt.

Der Redner wandte sich dann **gegen den Vorwurf der Preistreiberei,** der häufig gegen den Einzelhandel erhoben werde. Der Einzelhandel sei das letzte Glied einer Kette und werde zu seiner Preisstellung mehr oder weniger von Faktoren gezwungen, die er nicht zu bestimmen vermöge.

Dr. Hilland begrüßte zum Schluß freudig die enge, vielbeachtete erfreuliche Zusammenarbeit zwischen den Berufsverbänden des Einzelhandels und den zuständigen Regierungsstellen.

Im Verlaufe der Diskussion ergriff **Ministerialrat Dr. Hoppe** vom Reichswirtschaftsministerium das Wort und hob unter lebhaftem Beifall hervor, daß der Wert und die außerordentliche Bedeutung des deutschen Kaufmannes nach seiner Auffassung niemals in einer nationalsozialistischen Wirtschaft übersehen werden würden.

Zuspitzung der Lage in Kuba.

Die gesamte amerikanische Atlantikflotte in Alarmzustand.

* Newyork. **Während die neue kubanische Junta in Proklamationen Ruhe und Ordnung verspricht und ein amerikanisches Eingreifen scharf ablehnt, befürchten amerikanische Regierungskreise eine weitere Zuspitzung der Lage. Tatsächlich ist die gesamte Atlantikflotte in Alarmzustand versetzt worden. Zahlreiche Amerikaner aus dem Innern Kubas befinden sich auf der Flucht nach Havanna. Die Junta, die aus fünf Zivilisten besteht, scheint die von aufständischen Unteroffizieren befehligte Armee nicht in der Hand zu haben. Die nur kärglich eintreffenden Nachrichten aus dem Innern berichten über örtliche Zusammenstöße, teilweise mit kommunistischem Einschlag. Die Behauptungen von Sowjeteinflüssen sind bisher nicht erwiesen.**

Die Trauerfeierlichkeiten für Lord Grey.

)(London. Die sterblichen Reste des Lord Edward Grey werden am Sonnabend in Darlington eingeäschert werden. Am Montag wird in Westminsterabtei ein Gedächtnisgottesdienst für den Verstorbenen gehalten.